ORA ET LABORA

Bete und Arbeite!

St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

U.I.O.G.D.

Auf daß in Allem Gott verherrlicht werde!

No. 39
26. Jahrgang

Münster, Sask., Donnerstag, den 7. November 1929

Fortlaufende No. 1340

Welt-Rundschau

Lösung der französischen Regierungskrise

Vor einer Woche erschien es wahrscheinlich, daß Edouard Daladier, der Führer der Radikalen, in seiner Bemühung, nach dem Sturze Briand's ein Kabinett zu bilden, erfolgreich sein würde. Er hoffte, die Unterstützung des linken Flügels zu gewinnen und sowohl Leon Blum, den Führer der Links-Sozialisten, als auch Paul Boncours, den Führer der gemäßigten Sozialisten, zum Eintritt in die Regierung zu bewegen. Briand hatte versprochen, wieder den Posten eines Außenministers zu übernehmen. Doch als Leon Blum und seine Partei definitiv erklärten, sie würden ihrem bisher verfolgten Programme treu bleiben und sich an keiner Regierung beteiligen, in der sie nicht selbst tatsächlich die Kontrolle hätten, verschwand alle Hoffnung und Daladier teilte dem Präsidenten Doumergue mit, daß er die ihm angetragene Aufgabe nicht lösen könne.

Doumergue wandte sich zunächst an Briand mit dem Ersuchen, ein Kabinett zusammenzubringen, dieser aber weigerte sich standhaft, das undankbare Geschäft zu besorgen. Hierauf rief er Etienne Clementel, den Präsidenten der Finanzkommission des Senats, der sich dazu bereit erklärte. Seine Absicht ging dahin, eine Koalitions-Regierung zu schaffen, bestehend aus Vertretern aller Parteien der Linken und des Zentrums. Briand war abermals bereit, als Außenminister einzutreten, und Henri Cheron sollte den schon früher von ihm eingenommenen Posten eines Finanzministers übernehmen. Da infolge des unerhörten Börsenkraches in New York große Furcht herrschte, derselbe möchte die ohnehin nicht allzu günstigen französischen Finanzen beeinflussen und noch mehr zerrütten, so bestand der allgemeine Wunsch und somit die Hoffnung einer baldigen Lösung der Krisis. Aber die Feindschaft zwischen Daladier und Briand zerstörte auch diese Hoffnung. Daladier beschuldigte Briand, er habe hinter seinem Rücken gegen ihn gearbeitet und so seinen Erfolg vereitelt. Clementel mußte gleichfalls dem Präsidenten Doumergue seinen Mißerfolg mitteilen.

Jetzt kam die Reihe an Andre' Tardieu, den reichen Mann Frankreichs, an den viele schon gleich nach dem Sturze Briand's als den kommenden Mann gedacht hatten. Nach den Mißerfolgen Daladier's und Clementel's jedoch schienen seine Aussichten auf Erfolg äußerst gering zu sein. Tardieu ist Republikaner des Zentrums und unterhielt bisher keinerlei Verbindungen mit der Linken. Er neigte natürlich einer Koalition mit der Rechten zu, wollte jedoch die Führer der Radikalsozialisten nicht ausschließen. Doch war eine Unterstützung vonseite Daladier's von vornherein aussichtslos, da Tardieu diesem seine Unterstützung verweigert hatte. Außerdem wollte Tardieu, falls er Premier werden sollte, selbst den Posten eines Innenministers behalten, den einzigen Posten, den Daladier einzunehmen vielleicht bereit gewesen wäre. Die Radikalen weigerten sich denn auch, eine Koalition mit Tardieu einzugehen. Aber er fand zuletzt genug Hilfe vom Zentrum und von der Rechten, um ein Kabinett fertigzustellen. Am Samstag, dem 2. November konnte er bei Doumergue seine Aufwartung machen und ihm sein frischgebackenes Kabinett unterbreiten.

Briand und Cheron sind Mitglieder des neuen Kabinettes als Außenminister und Finanzminister. Tardieu behielt für sich selbst das Amt des Innenministers. Voraussichtlich wird die neue Regierung in der Kammer genug Unterstützung finden, um den in allen Fugen ächzenden Staatswagen noch für eine Zeitlang vorwärtszuschieben; hoffentlich lang genug, um die brennendsten Tagesfragen des Young-Planes, der Rheinlandräumung und des Saarproblems friedlich zu lösen. Ein langes Leben läßt sich aber auch dieser Regierung bei der buntscheckigen Zusammensetzung des Parlamentes nicht prophezeien. Um das im Parlamente vertretene Parteiwesen zu verstehen und im Gedächtnisse zu behalten, müßte man ein besonderes Studium machen und ein außerordentliches Gedächtnis besitzen. Im Vergleich damit muß der vielfarbige Rock, den der Patriarch Jakob seinem Sohne Joseph machte, ganz eintönig ausgesehen haben.

Schon während der Krisis dachte man ernstlich an eine Auflösung des arbeitsunfähigen Parlamentes und an Neuwahlen. Lange wird das jedenfalls nicht auf sich warten lassen. Bei der allgemeinen Zersplitterung und Verwirrung der französischen Politik dürften aber auch Neuwahlen keine Heilung bringen. Vielleicht wird dann die Verwirrung nur noch größer.

Das Volksbegehren in Deutschland

Die Aussichten der Deuschnationalisten bei der Sammlung der für ein „Volksbegehren" zur Ablehnung des Young-Planes nötigen Zahl der Unterschriften waren anfangs recht rosig, und der in den nationalistischen Zeitungen angestimmte Ton verkündete einen großartigen Sieg. Je mehr sich aber der auf 14 Tage angesetzte Termin dem Tage des Abschlusses, dem 29. Oktober, näherte, desto stiller wurde es im nationalistischen Blätterwalde. Gegen das Ende gaben einige dieser Zeitungen sogar zu, daß die erforderliche Zahl der Unterschriften nicht aufgebracht werden könnte. Das Gesetz schreibt 10 Prozent der in der letztvorhergehenden Reichstagswahl abgegebenen Stimmen vor, um ein „Volksbegehren" zu erzwingen. Es mußten also zugunsten einer allgemeinen Volksabstimmung wenigstens 4.100.000 Unterschriften gesammelt werden. Für zwei Wochen herrschte im deutschen Volke die größte Spannung. Mit Anstrengung aller Kräfte und aller Propagandamittel arbeiteten die Nationalisten für die Abstimmung und die Vertreter der Regierung ebenso angestrengt dagegen. Dabei spielte diesmal das Radio oder, wie man in Deutschland sagt, der Rundfunk eine hervorragende Rolle. Zum Glück ist das Radio in Deutschland beiweitem nicht so verbreitet wie auf dem nordamerikanischen Kontinente. Zuweilen bringt auch die Armut manches Gute mit sich.

Groß aber war für beide Seiten die Ueberraschung, als am 2. November die offizielle Zählung der Unterschriften vollendet war und das Resultat dahin lautete, daß mehr als die erforderlichen 10 Prozent sich zugunsten einer allgemeinen Volksabstimmung ausgesprochen hatten. Somit ist der Reichstag verpflichtet, die Abstimmung auszuschreiben. Gewiß bedeutet das noch keinen Sieg der Nationalisten, ein solcher ist im Gegenteil ganz und gar unwahrscheinlich. Denn das Gesetz schreibt für ein „Volksbegehren" Bedingungen vor, die schwer zu erreichen sind. Das ist ein Gesetz, das sicherlich dem gesunden Menschenverstande entspricht. Denn, wäre es eine Leichtigkeit, eine allgemeine Volksabstimmung zu erzwingen, so hätte das arme deutsche Volk jahraus jahrein nichts anderes mehr zu tun als abzustimmen. Denn die Zahl der Narren und Agitatoren ist, wie überall, so auch in Deutschland unendlich groß.

Bei der kommenden Abstimmung muß vor allem die volle Hälfte der eingetragenen Stimmgeber wählen, also mehr als 20.500.00. Es zählen also nicht bloß jene gegen den Vorschlag, die wirklich dagegen stimmen, sondern auch jene, welche nicht imstande oder aber zu gemütlich sind, an die Urne zu gehen. Wird diese Zahl nicht erreicht, so ist der Vorschlag ohne weiteres verworfen. Wird aber die Zahl erreicht, so müssen mehr als die Hälfte der Stimmen für den Vorschlag sein, sonst ist er natürlich abermals verworfen.

Der Vorschlag der Nationalisten, der zur Abstimmung gelangen wird, dürfte ungefähr folgenden Wortlaut haben: „Es ist ungesetzlich für die Regierung, den Young-Plan anzunehmen."

Das Datum für die Volksabstimmung ist noch nicht festgesetzt. Hoffentlich wird es nicht zu lange hinausgeschoben werden. Denn während dieser Kampagne wird an alle Volksleidenschaften appelliert werden, das vielgeplagte Volk wird aufgehetzt werden wie selten vorher.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Der Umbau des südslawischen Staates

Von Arpad Törek - Kovin (Jugoslawien)

Seitdem sich in Jugoslawien das neue Regime eingerichtet hat, geht die Entwicklung ruckweise vor sich. Man merkt nichts von dem, was sich in den Amtsstuben der Minister zuträgt, und wird plötzlich vor neue, Aufsehen erregende Tatsachen gestellt. Das letzte Ereignis von Bedeutung war der Vertrag mit Griechenland, der viel zur innen- und außenpolitischen Stärkung der jugoslawischen Regierung beitrug. Die neueste Phase in dieser Entwicklung bilden die Umänderung des Namens des Staates und die neue Gebietseinteilung.

In der Umbenennung des Staates, in der Ersetzung des alten Namens „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen" durch „das Königreich Jugoslawien" sieht der Ausländer lediglich eine Titelrationalisierung, eine formale Bekräftigung dessen, was im täglichen Gebrauch längst schon Wirklichkeit war. Nun liegt aber die Bedeutung dieser Namensänderung doch etwas tiefer.

Bevor die erste Verfassung des Landes eingeführt wurde, gab es zwei Richtungen, von denen die eine den Namen Jugoslawien, die andere Großserbien wünschte. Der Name „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen" war eigentlich ein Kompromiß zwischen beiden. Es kam darin weder die Hegemonie der Serben noch die absolute Synthese der drei Stämme zum Ausdruck. Damals stand die jugoslawische Ideologie mit der großserbischen im Kampf; die Kroaten hatten daran noch nicht teilgenommen, weil sie passiven Widerstand leisteten. Interessant ist die Feststellung, daß sich diese beiden Ideologien schon zu einer Zeit gegenüberstanden, als die südslawische Idee in der Deklaration von Korfu der dalmatischen Küste so, daß die Landbevölkerung slawisch, die Bewohnerschaft der Städte, also der Häfen, vornehmlich italienisch ist. Die beiden Elemente stoßen von Zeit zu Zeit hart aufeinander, und bei dem beiderseitigen Temperament geht es dann nicht ohne Blutvergießen ab. Kommt derartiges vor, dann stößt der Duce sofort ins Horn und ergeht sich in Drohungen gegen den Nachbarn. Das wird so lange fortgehen, bis es einen schönen Tages einmal zur Auseinandersetzung mit den Waffen kommt, bei der voraussichtlich die Jugoslawen den kürzeren ziehen müssen. In Belgrad weiß man das natürlich und wird aus diesem Grunde, so lange es irgend angeht, auszuweichen und nachzugeben suchen. Gerade dies wird aber wieder den Haß der Slawen gegen die Italiener immer mehr vertiefen und dadurch die Gefahr eines Zusammenstoßes langsam, aber sicher vermehren.

Vorläufig ist Jugoslawien nicht in der Lage, sich die Italiener vom Leibe zu halten, weil es im Innern uneinig ist. König Alexander ist eben dabei, etwas Ordnung in seinem buntscheckigen Lande zu schaffen. Wieweit ihm das glücken wird, ist heute noch nicht zu sagen. Möglicherweise gelingt es ihm, die widerstrebenden Elemente, die seine Untertanen bilden, zusammenzuschweißen und damit die Macht seines Landes nach außen hin zu stärken. Es kann indessen auch anders kommen. Er hat sich den Diktator Mussolini zum Muster erkoren, aber es ist nicht jedem gegeben, ein Mussolini zu sein. Bricht sein Land in seine ursprünglichen Teile auseinander, so wird es dem Duce ein Leichtes sein, die jugoslawische Küste unter seine Herrschaft zu bringen und die Serben, Kroaten, Slowenen, Montenegriner usw. endgültig von der See abzudrängen.

Daß der Völkerbund sich in solchem Falle Jugoslawiens annehmen sollte, ist, wenn man aus früheren Vorgängen logische Schlüsse ziehen darf, nicht vorauszusetzen. Hat er dem Duce doch auch den Besitz Fiumes bestätigt, obwohl er es gegen den ausdrücklichen Willen des Völkerbundes besetzt oder seine Besetzung doch geduldet hatte. Mussolini fürchtet sich vor dem Völkerbunde ebenso wenig wie vor seinem Kollegen Alexander. Er wartet nur auf eine geeignete Gelegenheit, das Ziel seines Strebens zu erreichen. Ist sie gekommen, dann wird er handeln, ohne sich viel um Proteste, von welcher Seite sie auch kommen mögen, zu kümmern. — Er.

(Fortsetzung auf Seite 8)

Italien und Jugoslawien

Zwischen Italien und Jugoslawien bestehen nicht die besten Beziehungen. Die Reibungsfläche am Adriatischen Meer ist zu groß, als daß es anders sein könnte. Italien geht dort unter der tatkräftigen Führung Mussolinis aufs Ganze; es will das schmale Meer womöglich zu einem geschlossenen italienischen Meer machen. Dabei stößt es naturgemäß auf fanatischen Widerstand bei den Jugoslawen. Die Verhältnisse liegen an

Zehn Jahre vertan!

Zum Ergebnis der Pariser Sachverständigenkonferenz

(„Schönere Zukunft", 7. Juli 1929)

Der Abschluß der Pariser Konferenz fällt mit der zehnjährigen Wiederkehr des Versailler Diktats zusammen. Nach vier Jahren blutigen Waffenkrieges also zehn Jahre Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, um das bekannte französische Programmwort (Clemenceau) zu gebrauchen! Erste Etappe: Die Politik der bloßen Militärgewalt bis zum Ruhreinbruch und zum Rückzugsbefehl, den schließlich die amerikanische Hochfinanz erteilt. Zweite Etappe: Die imperialistischen Ziele bleiben die gleichen, aber die Weltfinanz übernimmt an Stelle der Generäle ihre Verwirklichung durch den Dawesplan. Dritte Etappe: Auch der Dawesplan zeigt Mängel, er soll durch einen neuen Plan vom 1. September 1929 an ersetzt werden.

Zwar ist der Youngplan, wie er wohl künftig heißen wird, zunächst ein gänzlich unverbindlicher Vorschlag der Sachverständigen, der erst der Annahme durch die beteiligten Regierungen bedarf und auch noch Aenderungen erleiden kann. Aber hinter dem Plan steht heute schon so sehr die Autorität des interessierten Kapitals, insbesondere der Vereinigten Staaten von Nordamerika als des Hauptgläubigers auch der Sieger staaten, daß die endgültige Inkrafttsetzung durch die Regierungen wohl genau so erfolgen wird, wie seinerzeit beim Dawesplan; in jedem Falle aber werden die nächsten Monate beherrscht sein von dieser Frage der Annahme oder Nichtannahme.

Der Inhalt des Planes kann kurz zusammengefaßt werden: eine deutsche Durchschnittszahlung von 2050,6 Millionen Goldmark jährlich einschließlich des Zinsendienstes für die Dawesanleihe ab 1. September 1929, ansteigend von anfangs rund 1700 Millionen bis zum Höchstbetrag von 2427,5 Millionen im Jahre 1965—66; während weiterer 21 Jahre, also bis 1987 (!) weitere Zahlungen an allmählich sinkendem Betrage, die teilweise aus den Gewinnen der geplanten Bank und aus deren Quellen aufgebracht werden sollen. Ein gegen bisher stark verminderter Transferschutz und die Möglichkeit eines Moratoriums nur noch für einen Teil der deutschen Tributzahlung; der Betrag von 660 Millionen ist ungeschützt. Ferner Beseitigung des Gläubigerpfandrechts an Reichsbahn, Industrie, Steuereinnahmen; Ersatz des Reparationsagenten durch eine internationale Bank, die von nun an die gesamten Reparationszahlungen vermitteln und verwalten wird; künftige Revisionsmöglichkeit auch des Youngplanes.

Für die Kritik des Planes sind zwei Betrachtungsweisen möglich. Gegenüber dem Dawesplan stellt der Youngplan für den Augenblick zweifellos einen gewissen Fortschritt dar. Zwar liegt dieser nicht in der Tatsache der endlichen Fixierung der deutschen Schuld; denn dieses deutsche Hauptziel ist nicht erreicht, wenn die Schuld in einer praktisch nicht aufbringbaren Höhe festgesetzt ist. Daß aber die Durchschnittszahl des Youngplanes die deutsche Leistungsfähigkeit übersteigt, daran haben die deutschen Sachverständigen auch nach erzielter Einigung noch festgehalten und auch in der Fassung des Schlußberichts ist diesem deutschen Standpunkt Rechnung getragen.

Der relative Vorteil gegenüber dem Dawesplan liegt vielmehr in folgenden Punkten: a) Die Durchschnittsrate ist um einen verhältnismäßig geringen Betrag, nämlich um nicht ganz ein Fünftel ermäßigt, die Raten der späteren Jahre freilich nicht einmal mehr um ein Fünfundzwanzigstel. b) Die vielen Pfänder fallen weg. Für die Gläubiger war der praktische Wert nicht sehr groß, da ihnen ja sonstige Druckmittel im Ueberfluß zu Gebote stehen; ein moralischer Gewinn, der einzige vielleicht, ist jedoch die Beseitigung der entwürdigenden Fremdkontrollen. Verkehrt ist es aber, von der Freigabe der Reichsbahn etwa eine sozialere Lohn- und Tarifpolitik sich zu erhoffen, wie es schönfärbende Kritiken tun; die Tribute selbst müssen ja genau wie bisher herausgewirtschaftet werden. Ein weiterer Vorteil ist die Tatsache, daß der Youngplan der deutschen Wirtschaft nochmals, wie seinerzeit beim Inkrafttreten des Dawesplanes, eine kurze Erholungspause gewährt, und ein aus dem Dawesplan selbst herübergerettetes „Trost" schließlich noch die künftige Revisionsmöglichkeit auch dieses Planes.

Den Vorteilen stehen aber auch für die Augenblicksbetrachtung Verschlechterungen gegenüber. Der Transferschutz ist durchbrochen, 660 Millionen jährlich müssen künftig unter allen Umständen bezahlt werden, auch wenn die Mark dadurch neue Erschütterungen erleiden sollte. Zwar durfte auch der bisherige Transferschutz nicht überschätzt werden: er sicherte zwar die Wirtschaft gegen eine neue Inflation, nicht aber gegen unerträgliche Zinssteigerung zur Anlockung der notwendigen Devisen auf dem Kreditwege, nicht gegen wirtschaftlichen Zusammenbruch auf dem Wege über eine Deflationskrise, nicht gegen völligen Verkauf der deutschen Wirtschaft an das fremde Privatkapital. Trotzdem lag der Wert gerade dieses Transferschutzes, der auch zur vollständigen Einstellung aller Reparationszahlungen führen konnte, auf der Hand und galt allgemein als der wesentlichste Vorteil des Dawesplanes für Deutschland. Und wenn künftig auch „nur" etwa ein Drittel der künftigen Tributrate umgeschützt sein soll, so kann doch die praktische Wirkung der vollzogenen Freigabe dieser relativen Sicherung gleichkommen. Wenn die Grenze dessen erreicht ist, was, ohne schwere wirtschaftliche Erschütterung an Devisen ins Ausland übertragen werden kann, so genügt eben jeder weitere Betrag, der dennoch gezahlt werden muß, um den Zusammenbruch herbeizuführen. Die Möglichkeit, einen Teil der Zahlungen einzustellen (übrigens auch nur vorübergehend), kann wertlos sein, solange ein anderer erheblicher Teil trotz Erreichung der Grenze ohne jede Rücksicht weitergeleistet werden muß. Der Transferschutz ist dann praktisch überhaupt aufgehoben, und hier liegt neben der Nichtberücksichtigung der wirklichen deutschen Leistungsfähigkeit vielleicht die schwerste Gefahr des neuen Planes. Uebrigens ist auch für den „geschützten" Teil trotz der Einfügung eines beschränkten „Aufbringungsschutzes" der Schutz gegen bisher bedeutend abgeschwächt, vor allem zeitlich begrenzt.

Aber neben der Betrachtung des Youngplanes im Vergleich zum Dawesplan, neben der rein wirtschaftlichen Betrachtung für den bloßen Au-

(Fortsetzung auf Seite 5)